

Ministerin will von Rücktritt nichts wissen

Niewisch-Lennartz: „Vorwürfe der Opposition sind grotesk“

VON MICHAEL B. BERGER

HANNOVER. „Das ist doch grotesk, wenn sich die Opposition beschwert, dass das Parlament als Ganzes unterrichtet wurde“ – mit diesem Satz hat Justizministerin Antje Niewisch-Lennartz (Grüne) Forderungen der Opposition zurückgewiesen, sie möge wegen der Maulwurfsaffäre zurücktreten. FDP-Chef Stefan Birkner und der CDU-Geschäftsführer Jens Nacke werfen Niewisch-Lennartz Vertrauensbruch vor, weil sie in öffentlicher Landtagssitzung den Celler Generalstaatsanwalt Frank Lüttig als

Verdächtigen genannt hatte, gegen den wegen Geheimnisverrats ermittelt wurde.

Inzwischen hat die Göttinger Staatsanwaltschaft ihr Verfahren gegen Lüttig eingestellt. Doch die Ministerin machte im Landtag den Eindruck, dass an dem Verdacht schon etwas dran gewesen sei, Lüttig habe geheime Unterlagen der Ermittlungen gegen den früheren Bundespräsidenten Christian Wulff sowie den ehemaligen SPD-Bundestagsabgeordneten Sebastian Edathy an einzelne Medien durchgesteckt. „Es war richtig, einen Anfangsverdacht und ein Ermittlungsverfahren zu akzeptieren“, sagte sie und fuhr fort: „Die Opposition geht fehl in der irreführenden Behauptung, die Einstellung des Verfahrens bedeute, dass der ehemalige Beschuldigte fälschlicherweise beschuldigt worden ist.“ Also war Lüttig doch der „Maulwurf“ und konnte man ihm nur nichts nachweisen?

Diese Frage wurde bei der Aktuellen

Stunde im Landtag nicht beantwortet. Die Ministerin verzichtete indes demonstrativ auf Ehrenbezeugung für den Celler Generalstaatsanwalt, die CDU und FDP gefordert hatten. Auch eine Entschuldigung sprach sie nicht aus, nur den Satz: „Mir ist sehr bewusst, dass es eine harte Belastung darstellt, Beschuldigter in einem solchen Verfahren zu sein.“ Der FDP-Abgeordnete Birkner erklärte, er halte Niewisch-Lennartz für nicht tragbar, weil sie die Politik über das Recht gestellt habe. Das sehen SPD und Grüne fundamental anders. Sie wie auch Ministerpräsident Stephan Weil stützen die Ministerin. Die Regierungsfractionen kündigten weitere Recherchen in der Maulwurfsaffäre an. Die politische Dimension reiche über den Fall Lüttig hinaus, schließlich sei das CDU-Mitglied Lüttig ein enger Vertrauer des ehemaligen Justizministers Bernd Busemann gewesen, meinte Grant Hendrik Tonne von der SPD. Der Grüne Helge Limburg sagte, man werde prüfen, ob hinter den Durchstechereien ein System stecke. In 20 Fällen habe Lüttig unmittelbaren Zugriff auf die weitergegebenen Informationen gehabt. „Wenn er es nicht war, wer war es denn?“

Grant Hendrik Tonne, MdL
Pressedokumentation
Hannoversche Allgemeine Zeitung
04.06.2015

